

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Präsident,
geehrte Damen und Herren,

diese Landesregierung hat die erfolgreiche und renommierte Künstlerförderung in Worpswede im Handstreich zerstört. Das passierte ohne Not, ohne ordentlichen Dialog mit den Beteiligten und ohne kulturpolitisch-nachvollziehbare Gründe. Das ist ein Skandal. Die SPD-Fraktion kritisiert dies aufs Schärfste.

Herr Minister Stratmann, ziehen Sie heute die Notbremse. Finden Sie zurück auf einen Weg des kulturpolitischen Dialogs, in dem neue Akzente in einer modernen Künstlerförderung angemessen und offen debattiert werden können. Lassen Sie nicht zu, dass der Künstlerort Worpswede massiv beschädigt wird. Lassen Sie nicht zu, dass eine traditionsreiche Stätte von internationalem Rang – und davon hat Niedersachsen in der bildenden Kunst nicht viele – aufgegeben und zur reinen Tourismusdestination umgebaut wird. Nehmen Sie die Mahnungen und die Kritik der Fachszene ernst. Herrn Stratmann, stoppen Sie diesen Irrweg.

Der Antrag der SPD-Fraktion „Künstlerförderung in Niedersachsen stärken und ausbauen“ weist den richtigen Weg. Die Künstlerhäuser in Worpswede werden als das bedeutende Modell deutscher Künstlerförderung erhalten. Neue und durchaus notwendige Akzente in der Künstlerförderung können durch ein vernetztes Konzept mit der künstlerisch-wissenschaftlichen Hochschule Niedersachsens, nämlich der Hochschule für Bildende Künste Braunschweig, und durch eine Einbindung innovativer Lehransätze an der Leuphana Lüneburg gesetzt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die SPD-Fraktion kritisiert nicht nur die Entscheidung der Landesregierung, sondern auch den Weg, wie es zu dieser Entscheidung gekommen ist. Da wird im März durch einen Bericht im „WESER-KURIER“ das Aus der Künstlerförderung in Worpswede bekannt. Vor Ort ist man entsetzt und enttäuscht über die mangelnde Kommunikation. Die Fachszene national und international schreit auf. Es gibt Protestbriefe zu hauf ans Ministerium.

Im zuständigen Fachausschuss gab es bis dahin an keiner Stelle nur die Andeutung einer Neuorientierung der Künstlerförderung. Eine Anfrage meiner Fraktion bringt erst die Konzeption an die Öffentlichkeit. Darin wird klar, wie die Landesregierung Worpswede sieht. Ich zitiere: „Die Künstlerkolonie als Arbeits- und Lebensgemeinschaft ist Vergangenheit. Ihr Stellenwert liegt in der kunsthistorischen Bedeutung.“

Worpswede soll also zum Museumsdorf werden. Mit dem Masterplan Worpswede – der unbestritten den notwendigen Sanierungsbedarf an den Worpsweder Baudenkmäler in den Mittelpunkt stellt – wird Worpswede auf eine rein kulturtouristische Ausrichtung gestutzt. Die Auseinandersetzung mit zeitgenössischer Kunst, die es durch die vielen Stipendiaten in Worpswede (Über 450 Künstler aus 35 Ländern in 35 Jahren) gegeben hat, wird außer Acht gelassen. Genauso wie die durchweg positiven Urteile der Stipendiaten über den Standort Worpswede.

Kultur wird nun zum Instrument der Wirtschaftspolitik. Worpswede als viel beachteter Ort der künstlerischen Auseinandersetzung ist dieser Landesregierung nicht mehr wichtig.

Dafür soll an der derzeitigen Lieblings-Universität der Landesregierung, nämlich in Lüneburg, die zeitgenössische Kunst und die künstlerisch-wissenschaftliche Auseinandersetzung als Teil der Forschung und Lehre stattfinden. Dort gibt es zwar bisher gar nicht die ausreichende Fachkompetenz geschweige denn Arbeitsplätze für Künstler.

Die HBK Braunschweig spielt keine Rolle, und auch nahe Hochschule für Künste in Bremen spielt keine Rolle. Man kann sich nur wundern.

Wundern kann man sich auch nur über die CDU und FDP in dieser Frage.

Von der FDP gibt es große Worte zur Künstlerförderung. Die Verlegung wird zunächst abgelehnt. Die CDU meldet sich gar nicht zu Wort.

Die Fraktion hat nach Gesprächen vor Ort und mit Experten im August 2009 einen eigenen Antrag eingebracht. Dies wurde von CDU/FDP kaum debattiert. Erst letzte Woche dann ein Änderungsantrag von CDU und FDP Antrag.

Damit haben Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, jeden Anspruch auf ein eigenes kulturpolitisches Profil aufgegeben. Und nach Monaten der Sprachlosigkeit zu diesem Thema hat man sich zuletzt nur noch vom MWK aufschreiben lassen, was das Haus seit Monaten mit Vehemenz und Ignoranz aller Fachargumente vorangetrieben worden.

Worpswede speist man an mit einem Kooperationsvertrag ab. Es gibt Betriebskosten für Belegmonate in den Ateliers des Atelierhauses. Lüneburg schickt ab und zu mal Künstler vorbei, die dort arbeiten können. Will dort Veranstaltungen oder Ausstellungen ausrichten, eine Sommerakademie durchführen. Das ist alles kein Ersatz, für das, was verloren geht.

Man kann nur den örtlichen Aktiven der Kunstszene Worpswede, vor allem dem Atelierhausverein, danken, die sich in den ganzen vergangenen Monaten der mühsamen Verhandlungen mit dem MWK nicht entmutigen ließen und neue ehrenamtliche Strukturen geschaffen haben, um die künstlerische Förderung in den Atelierhäusern auch zukünftig – in kleiner Form – anbieten zu können.

geehrte Damen und Herren,

die SPD lehnt den Änderungsantrag von CDU und FDP ab. Er ist keine Lösung. Er erhält nicht die renommierte Künstlerförderung in Worpswede. Stimmen Sie für den Antrag meiner Fraktion. Er zeigt den kulturpolitisch-klugen Weg auf, wie man die Künstlerförderung in Niedersachsen weiterentwickelt kann, ohne den Standort Worpswede zu beschädigen und ohne ein erfolgreiches Modell der Künstlerförderung abzuschaffen.

Vielen Dank!